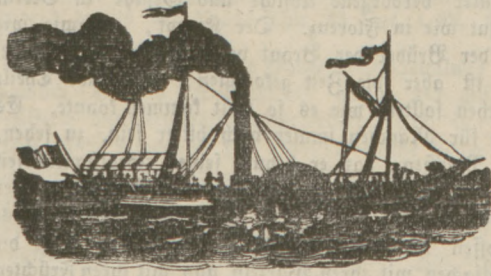


Danziger Dampfboot.

N^o 176.

Donnerstag, den 30. Juli.



1868.

39ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse Nr. 5. wie auswärtig bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr. Inserate nehmen für und außerhalb an: In Berlin: Reitemeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro August und September beträgt 20 Sgr.

Auswärtige wollen den Betrag incl. Postprovision mit 25 Sgr. direct an unsere Expedition franco einsenden.

Hiesige können auch pro August mit 10 Sgr. abonniren.

Telegraphische Depeschen.

Kissingen, Mittwoch 29. Juli.

Der Kaiser von Rußland ist gestern Abend hier eingetroffen.

Wien, Dienstag 28. Juli.

Heute Abend fand in der Schützenhalle der Festcommerz der Wiener Studentenschaft zu Ehren der deutschen Schützengäste statt. — Der Besuch des Kaisers am Festplatze ist für Donnerstag Nachmittag angesagt.

Florenz, Mittwoch 29. Juli.

Es wird hier eine Broschüre von Cialdini erwartet, welche den General Lamarmora widerlegt, indem sie nachweist, daß der preußische Feldzugsplan lange schon vor dem 17. Juni in Florenz mitgetheilt sei.

Die Voraussetzung der „Allg. Ztg.“, daß der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien dem Könige von Preußen in Ems auf ihrer Reise durch Deutschland in Folge einer Mittheilung des italienischen Cabinets keinen Besuch gemacht hätten, ist laut Nachrichten aus Florenz vom 28. unrichtig.

Ems lag nicht auf der Reisetour des Kronprinzlichen Paares, dasselbe wünschte außerdem sein Incognito aufrecht zu erhalten und nahm auch darauf Rücksicht, den König nicht in seiner Zurückgezogenheit zu stören.

Der italienische Gesandte in Preußen Graf de Lannoy war jedoch beauftragt, den König im Namen des Kronprinzen und der Kronprinzessin zu begrüßen und ihm die Beweggründe derselben, von ihrer Reiseroute nicht abzuweichen, darzulegen.

Paris, Mittwoch 29. Juli.

Die Legislative nahm in ihrer gestrigen Sitzung das Anleihegesetz mit 213 gegen 16 Stimmen an. Hierauf verlas der Präsident das Decret, wodurch die Legislative geschlossen wird.

Der „Standard“ meldet, daß in Konstantinopel von den Vertretern der Großmächte ein Protokoll über die Dauer der Vollmachten des neuen Gouverneurs des Libanon, Franco Pascha, unterzeichnet sei. In Betreff der im englischen Parlament gestellten Interpellationen über die Gerüchte wegen Abschluß einer Zollvereinbarung zwischen Frankreich, Belgien und Holland stellt der „Constitutionnel“ die Frage auf, ob England auf seine Politik der Nicht-einmischung verzichte, und hofft, daß es den ersten Schritt seines Wiederauftretens auf dem Schauplatz der europäischen Politik reiflich erwägen werde.

Briefe aus Lissabon dementiren, wie aus Madrid berichtet wird, das Gerücht von einem beabsichtigten Besuch des Königs von Portugal beim Kaiser Napoleon in Plombières.

Washington, Sonnabend 18. Juli.

In Texas hat ein Tumult zwischen Negern und Weißen stattgefunden, welcher dadurch entstanden ist, daß Weiße versuchten, gegen die Neger Lynchjustiz auszuüben. Fünfzig Neger und mehrere Weiße sind getödtet. Das Militär hat die Ordnung wieder hergestellt. — In Hayti hat Salnave den Kaisertitel angenommen.

Politische Rundschau.

Da die auswärtige Politik gegenwärtig gar keinen Anhalt zu gewagten Combinationen bietet und die hier und da aufsteigenden Enten vermöge der leichten Controle sofort an ihren falschen Federn erkannt werden, werfen sich gewisse Korrespondenten wieder auf die inneren Fragen, namentlich auf das angebliche Defizit im preussischen Staatshaushalte pro 1869, welches durchaus existiren soll. Die „Lib. Kor.“ beschäftigt sich ebenfalls mit dieser Materie, und indem sie so freundlich ist, einmal mit Thatsachen, nämlich mit dem „eisernen Militair-Budget“ zu rechnen, was bekanntlich nicht oft vorkommt und als Merkwürdigkeit registriert zu werden verdient — zählt sie die neuen Steuern auf, welche uns bevorstehen sollen. Darnach hätten wir zu erwarten: die Tabaksteuer, den Petroleumzoll, die Steuer auf Börsengeschäfte, eine Quittungssteuer, von welcher man sich große Dinge versprechen soll, einen Zuschlag zur Wahl- und Schlachtsteuer und einen dito zur Klassensteuer. Das wäre wahrhaftig genug, wenn es sich alles erfüllen sollte, aber der „Lib. Kor.“ genügt es in ihrem Anfälle von Rechnungsträgerei noch lange nicht, sie schlägt zu alledem noch einen Zuschlag zur Grundsteuer vor, und zwar gleich einen solchen, der das ganze auf ca. sieben Millionen berechnete Defizit decken soll. Und da sagt man immer noch, die Fortschrittspartei, deren Organ die „Lib. Kor.“ ist, knauserere mit den Steuern! Welche Verleumdung!

Die obligatorische Prüfung für die Gewerbe, soweit das sogenannte Noth-Gewerbegesetz nicht ausdrücklich eine Ausnahme statuirt hat, ist nunmehr aufgehoben.

Inzwischen wird das in den bereits bestehenden Verhältnissen wenig ändern.

Bei den meisten Gewerben bestand eine obligatorische Prüfung schon bisher nicht. Sie bestand nur insofern, als ein Handwerksmeister Innungsmitglied werden wollte. In diesem Falle hatte er sich einer vom Staate mittelbar beaufsichtigten Prüfung zu unterwerfen.

Ein Innungszwang dagegen bestand nicht. Wer also nicht Innungsmitglied werden wollte, der war auch nicht gezwungen, sich einer Meisterprüfung zu unterwerfen.

Gleichwohl strebte ein jeder Handwerker darnach, wenn er auf dem Punkte stand, sich selbstständig zu machen, Innungsmeister zu werden. Er unterwarf sich also freiwillig der Prüfung ohne einen staatlichen Zwang.

Warum that er das? Weil die Innung ein Körper ist und als solcher magnetisch anzieht; weil ferner die Innung Rechte hat und Vermögen besitzt, weil endlich der einzelne Handwerker ein Genossenschaftsleben sucht, das er in der Innung findet.

Wird das nach dem Noth-Gewerbegesetz anders sein? Wir glauben nicht. Nach den Erläuterungen des genannten Gesetzes durch den Herrn Handelsminister bestehen die Innungen und das Recht derselben, die Mitgliedschaft bei ihnen einer vorausgehenden Befähigungsprüfung zu unterwerfen, fort, nur mit dem Unterschiede, daß die Innungen fortan ganz selbstständig diese Prüfungen vorzunehmen haben und die frühere staatliche Beaufsichtigung derselben fortfällt.

Gewonnen ist damit für die Unbefangenheit der Befähigungsprüfung gewiß nichts. Die staatliche Beaufsichtigung der Prüfung bot dafür bislang eine

gewisse Garantie. Die Garantie fällt und die Prüfung bleibt.

Wichtig könnte der Wegfall der Prüfungen bei Bauhandwerkern erscheinen. Hier bestand sie bisher nicht als Innungs-Norm, sondern als gesetzlicher Zwang. Dieser Zwang hört auf. Es kann fernerhin ein Jeder das Bauen als Gewerbe betreiben, ohne daß der Staat ihn zwingt, vorher den Nachweis seiner Befähigung für diesen Gewerbebetrieb zu führen, das heißt als Baufachverständiger sich darzuthun.

Da wird es nun aber, wie uns scheint, dem Bauhandwerker genau so ergehen, wie es dem Nichtarzt ergehen würde, wenn der Staat das Kuriren freigäbe. Sein Leben, seine Gesundheit und sein Vermögen vertraut man nicht leicht jemand an, von dem man nicht weiß, daß er sich die für diesen Beruf für nothwendig erachteten Kenntnisse erworben hat und in der deshalbigigen Probe bestanden ist.

Daß ein Haus so erbaut wird, daß es steht und nicht einstürzt, das beruht zunächst in der Hand des Maurers, sodann in derjenigen des Zimmermanns. Ein Hausbau kostet viel Geld. Bei mangelhaftem Bau kommt nicht nur das dafür aufgewendete Geld, sondern auch möglicherweise eine Menge von Menschenleben in Verlust. Dieser möglichen Gefahr gegenüber werden unter hundert, die ein Haus bauen wollen, wahrscheinlich neunundneunzig es vorziehen, nur einen geprüften Maurer und Zimmermann zu engagiren.

Der Prüfungszwang für Bauhandwerker, nachdem der Staat darauf verzichtet, wird also jetzt vom Publikum ausgeübt werden, und der Bauhandwerker, wenn er Beschäftigung haben will, wird also auch noch weiterhin genöthigt sein, seine Prüfung selbst zu verlangen. Auch hier nur bleibt der Unterschied, daß künftig seine Prüfung nicht mehr eine Staatsprüfung, sondern rein eine Innungsprüfung sein wird.

Neben dem Fortbestande der Innungen mit ihrem Prüfungsrecht wird also das Noth-Gewerbegesetz für uns in Preußen und auch in den meisten anderen Ländern des Norddeutschen Bundes wenig zu bedeuten haben. Nur in einzelnen kleineren Bundesstaaten, wie beispielsweise in Mecklenburg, wo bisher noch das Kunstwesen in voller Blüthe stand, wird man davon eine tiefer gehende Wirkung verspüren.

Es ist trotz aller theilweisen Deffentlichkeit unserer Zeit nicht zu verwundern, wenn nur nach und nach neue Aufschlüsse über den letzten Krieg gegeben werden, welcher wirklich der allerletzte von Deutschen gegen Deutsche geführt sein könnte, wenn die Leidenschaften nicht immer wieder von Neuem angezündet werden wollten. Die Leiter des geschlagenen Theils wurden durch Anklagen und Beschuldigungen genöthigt, sich zu rechtfertigen, indem sie zeigten, wie sie es eigentlich klug angelegt hätten; aber welche Hindernisse eines günstigen Erfolges dazwischen gekommen seien. Wir haben zunächst solche Vertheidigungsschriften aus den österreichischen und den italienischen Regierungskreisen vor uns. Zuerst nehmen wir Kenntniß von Mittheilungen eines tief eingeweihten Beamten des österreichischen Ministeriums des Außern. Um die Anklagen gegen die ungeschickte Politik dieses Ministeriums zu widerlegen, erklärte dieser Betheiligte, daß der König von Preußen im September 1865, weil er besser gerüstet war, entweder sofort Krieg oder dauerhaften Frieden mit Oesterreich gewollt

habe. Diesen Frieden habe der König durch den Vertrag von Cassin zu erreichen geglaubt, er habe deshalb die schon viel versprechenden Unterhandlungen mit Italien abgebrochen. Dagegen habe das österreichische Ministerium den Vertrag von Cassin in der Absicht geschlossen, um sich auf einen Krieg gegen Preußen im nächsten Frühjahr vorzubereiten. Dafür, daß es zum Kriege komme, sei in der Formulirung jenes Vertrages bereits gesorgt gewesen. Es sei nicht die Schuld des Ministeriums des Aeußern, daß das Ministerium des Krieges seine Maßregeln in der ihm gegebenen Zwischenzeit nicht besser benützt habe.

Die inhaltschwere Rechtfertigung eines Kaiserlich österreichischen Ministeriums enthält ihre Bestätigung und wird erweitert durch Mittheilungen, welche Jacini im zweiten Theile seiner Geschichte der italienischen Politik im Zeitraume von der September-Convention 1864 bis zur Befreiung Venetiens im Sommer 1866 macht. Ein Haupthinderniß der Allianz lag darin, daß die Preußen glaubten, das italienische Heer, und daß die Italiener glaubten, das nur theoretisch gelübte preussische Heer sei der Kriegsführung und der Naturkraft des österreichischen Heeres nicht gewachsen. Dieses Bedenken und die Abneigung des preussischen Volkes gegen Krieg, namentlich gegen einen Krieg wider die Süddeutschen, wurde von der starken Friedenspartei in Preußen geltend gemacht. Aus einer andern zuverlässigen Quelle wissen wir, daß auch König Wilhelm es noch viel schwerer nahm, die Waffen gegen seine „Kameraden“, gegen seine alten und natürlichen Bundesgenossen in Westdeutschland, gegen Oesterreich zu ergreifen. Aber schon seit Cassin war Bismarck überzeugt, daß Preußen sich nur noch entweder durch ein zweites vernichtendes Dmüß oder durch einen Krieg aus den Verwickelungen ziehen könne. Bismarck's Ueberzeugung, daß nur durch Krieg Preußen und Deutschland zu helfen sei, begegnete theils selbst bereiteten Hindernissen, theils solchen, welche ihm besonders durch die Hochjuunterpartei bereitet wurden. Wenn schon Preußen auf die Neutralität Frankreichs rechnete, so war Italien in der Nothwendigkeit, zu allen Abmachungen mit Preußen, ehe sie ratificirt wurden, die Zustimmung des Kaisers der Franzosen einzuholen. Dieser erhob wiederholt Hindernisse. Ein Mann, welcher während dieser Zeit mit einem dabei mitthätigen Mitgliede des Florentiner Ministeriums des Aeußern viel verkehrte, hörte bei solchen Störungen aus dessen Munde die bittersten Aeußerungen über die Unbilligkeit Bismarck's: „Wenn dieser dem Kaiser für seine guten Dienste auch nur ein oder das andere Städtchen an der Saar verspräche, so würde alles vorwärts gehen! Aber Bismarck sei so zähe, daß er Frankreich auch nicht den geringsten Entsalzungen zukommen lassen wolle.“ Auch Jacini, welcher, zwar Minister der öffentlichen Arbeiten, damals einen großen Theil der diplomatischen Geschäfte zu besorgen hatte, weil Lamarmora mit dem Heere äußerst beschäftigt war, bedauert gleichfalls, daß Preußen sich weigerte, Italien das Trentinische zu versprechen. Er erzählt uns von dem letzten großen, scheinbar glücklichen Versuche, welchen die preussische Friedenspartei machte, um den König von dem eventuell gefaßten Kriegsentschlusse zurückzubringen. Dem Anerbieten Oesterreichs vom 7. April, nach und nach abzurücken, wenn Preußen dasselbe thue, versprach Preußen zu entsprechen. Oesterreich aber warf nun einen Theil seiner Truppen an die Grenze von Italien, welches jetzt Preußens Bundeshülfe anrief. Bismarck, welcher aus Kummer über das Scheitern seiner Pläne, über die sicher zur Entehrung Preußens führende Verblendung erkrankte, hatte noch die schwierige Aufgabe, Italien zu erklären, daß Preußen noch nicht formell verpflichtet sei, Italien gegen Oesterreich Waffenhülfe zu leisten. Doch fügte er bei, das Staatsinteresse Preußens verlange diese Hülfeleistung und er werde eine Cabinetsfrage daraus machen. Als Italien gehörig in die Noth gebracht war, wurde es den 5. Mai durch das Anerbieten Oesterreichs überrascht, Venetien an dieses bloß unter der Bedingung abzutreten, daß Italien im Kriege neutral bleibe. Massari preist die großartige Vertragstreue, welche der König und Lamarmora bewährten, indem sie der Versuchung widerstanden, ohne die Wechselfälle und Opfer des Krieges in den sichern Besitz Venetiens zu gelangen. Jacini handelt tactvoller und wohl auch wahrheitsgetreuer, indem er die sie dabei leitenden politischen Motive ausspricht und sagt: „Die Unabhängigkeit der italienischen Nation wird besser gesichert sein, wenn Deutschland unter Preußens Führung und ein in seinem Bereiche starkes Oesterreich neben einander bestehen, als wenn Oesterreich nach Zermalmung Preußens seine alte Macht in Deutschland wieder erlangt hätte, denn in

diesem Falle wäre es früher oder später zur Wiederaufnahme seiner bisherigen italienischen Politik zurückgeführt worden“.

Die Hoffnungen der starken preussischen und wohl auch einer schwachen österreichischen Friedenspartei scheiterten bekanntlich an der Weigerung Oesterreichs, auch im Süden der Alpen zu entwaffnen. Deshalb weigerte es sich dessen, während es doch Italien Venetien anbot? Offenbar weil diese Heere gegen Preußen bestimmt waren, sofern das durch Bedrohung mit denselben zur Annahme bereiteter gestimmte Italien die Befestigung annahm. So schlaue der österreichische Plan angelegt war, man erkannte die dahinter verborgene Absicht und Gefahr in Berlin so gut wie in Florenz. Der Kampf, grimmig wie der der Brüder der Braut von Messina, entbrannte. Es ist aber die Zeit gekommen, daß beide Theile einsehen sollten, wie es so weit kommen konnte. Es mag für Manche immer noch bitter sein, zu sehen, daß Preußen, das er behufs seines Idealstaates seit Jahren in Stücke zu zerschlagen verlangte, wider die Erwartung der meisten, wider die seiner Bundesgenossen wie seiner Feinde, Sieger blieb. Aber die Thatfachen mit ihren Wurzeln und mit ihren Früchten sind reale Bäume, unter die man sich setzen kann; Phantasten und Leidenschaftlichen aber geben keinen Schatten, sondern sind bloß Schatten. —

Der Anfang des Wiener Schützenfestes wird mehr durch Pfropfenknallen als durch Blüthenknallen bezeichnet. Den Reden und der Anzahl der Toaste nach zu urtheilen, welche beim Festbankett am Montage ausgebracht wurden, haben die Herren Schützen sich scharf an die Flasche halten müssen. Die Telegramme geben freilich nur ein dürres Knochengeriippe der consumirten Reden; aus den brieflichen Berichten, die Saft und Fleisch haben, müssen wir ergänzend hinzufügen, daß doch viel gegen Norddeutschland und Preußen demonstrirt wird, weniger von den Oesterreichern, als von den süddeutschen Gästen. Reichskanzler v. Beust kommt in der That nicht zum Feste — wohl eben nur, um nicht die Gelegenheit zu antipreussischen Kundgebungen zu vermehren. Er hat sich beim Comités einschuldigen lassen. Der Kaiser wollte am Mittwoch den Festplatz besuchen und einen Schuß nach der Scheibe thun, die den harmlosen Namen „Industrie“ führt.

Das Schützenfest in Wien trägt, man mag sagen, was man wolle, ein anti-preussisches Gepräge an sich, obwohl die Festordner wollten, daß alle Politik von den Festlichkeiten fern gehalten würde. Das ist heut zu Tage nicht mehr möglich. Die Sympathien der Süddeutschen für Oesterreich treten sehr stark hervor, so stark, daß auf eine objective Beurtheilung dessen, was Preußen factisch für Deutschland gethan hat, auf lange Zeit hinaus nicht zu rechnen ist. Das Gefühl beherrscht Alle. Als in Berlin und Kiel vor wenig Monaten großartige deutsche Feste gefeiert wurden, sprach mehr der reflectirende Bestand. Wir können die Wiener Demonstrationen mit großer Ruhe hinnehmen. Ist erst einmal Preußen wie Oesterreich in liberale Bahnen eingelenkt, so werden Bestand und Gefühl für Preußen Propaganda machen. —

Das Schützenfest absorbt in Wien selbstverständlich alles Interesse und drängt alle andern An gelegenheiten in den Hintergrund, dennoch hält man in eingeweihten Kreisen die Situation nicht für geeignet, sich durch das locale Ereigniß einlassen lassen zu dürfen, ja man glaubt sogar, daß grade, während dieses Fest gefeiert wird, man anderentheils bemüht sei, Verwickelungen heraufzubeschwören. So ist man über die neuerlichen Zusammenstöße der Türken mit Insurgenten, über die Vorgänge in Bulgarien keineswegs beruhigt, weil man in ihnen Symptome erblickt, daß von außen geschürt wird und den aufrührerischen Elementen neuerdings Hoffnungen gemacht worden seien. Trotzdem es gelungen ist, die serbische Katastrophe im Sande zerrinnen zu lassen und weitere Folgen derselben hintanzuhalten, ist man ernstlich besorgt, daß es im Südosten Europas doch zu einem Ausbruche kommen könne. —

Der französische gesetzgebende Körper hat sich am 28. d. auch nach einer langen, erschöpfenden Session mit einem Hochrufe auf den so vielfach angegriffenen Kaiser Napoleon zu seinen Vätern versammelt, ohne daß dabei eine Abschiedsrede gehalten wurde. Natürlich hat die Körperschaft vorher noch fast einstimmig die neue Anleihe von 440 Millionen Francs votirt. —

Im englischen Unterhause ist eine Interpellation wegen der angeblichen antipreussischen Coalition zwischen Frankreich, Belgien und Holland angemeldet. Bis her wurde die ganze Nachricht auf ein Zeitungsgerücht zurückgeführt, und wenn die Angelegenheit für wichtig genug erachtet wird, um im Londoner Parlament

zur Sprache zu kommen, so setzt sich vielleicht bei Einigen die Vorstellung fest, es müsse an dem Gerüchte etwas Wahres sein, Frankreich habe doch wohl am Ende die Niederlande und Belgien, letzteres noch dazu um den Preis des Nationalitätsbruchs zu ködern gewußt. Nach unsern Gewährsmännern ist die Coalition purer Wind. Preußen würde wahrlich nicht so ruhig sein, wenn nur ein Titelchen Wahres an dem Gerücht wäre. Es würde Alles in Bewegung setzen, wenn es nur vermuthete, daß etwas gegen uns im Spiele wäre. Die tiefe Ruhe und Gleichmüthigkeit der preussischen Politik ist die sicherste Gewähr für die Unglaubwürdigkeit des on dit. Darnach hätte nun, könnte man sagen, die Interpellation nichts mehr auf sich, denn ist Preußen bezüglich der Coalition beruhigt, so kann auch das britische Cabinet nur versichern, daß nichts in der Luft liegt, was den Frieden gefährdet. Und doch ist es gut, daß die Sache an so hervorragender Stelle zur Sprache kommt. Die Gemüther werden dann um so besser beruhigt, sie lassen um so eher Besorgnisse fahren, die nur dazu führen würden, in die Geschäfte Störungen zu bringen. —

In Rom ist davon die Rede, daß gleichzeitig mit dem Concil das allgemeine Jubeljahr gefeiert werden soll, welches im Jahre 1850 wegen der Abwesenheit des Papstes nicht Statt finden konnte. Ein solches anno santo bringt die Schließung aller Theater und das Verbot aller öffentlichen Schauspiele, Feste und Unterhaltungen mit sich. Es ist eine Art von allgemeinem Klosterleben, das man dem Volke auferlegen will, welches am leidenschaftlichsten für weltliche Feste und namentlich für den Carneval eingenommen ist, der übrigens nicht nur eine Unterhaltung ist, sondern auch Geld einträgt. —

Das Budget des spanischen Clerus ist in fortwährendem Steigen; jetzt beträgt es fast 200 Mill. Realen. Auf dem diesjährigen Etat stehen 52 Cardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, 288 Domherren, 756 Canonici, 849 Beneficiare, 633 Präbendare; die Collegialen zählen 175 Aste und Canonici, 337 Caplane, 144 Präbendare; die Kirchspielsgeistlichkeit besteht aus 17,627 Pfarrern, 6312 Vicaren und 13,032 Hilfspriestern. Die Klostergeistlichkeit, welche eine Staatspension bezieht, zählt 3143 Wittgelder; Mönche giebt es noch 1506 und die 800 Nonnenklöster schließen 14,725 Nonnen ein. Der Patriarch zu Indien, der zugleich Großalmosenen ist, und die zahlreichen Geistlichen unter seinen Befehlen sind dabei noch nicht mitgerechnet; ihre Zahl ist sehr bedeutend, da jedes Regiment natürlich seinen Feldkaplan hat und auf jedem Kriegsschiffe sich mindestens zwei Geistliche befinden.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 30. Juli.

— Mit Ausdehnung der Selbstverwaltung der Provinzen, wovon in der officiellen Presse jetzt viel gesprochen wird, hat es folgende Bewandniß. Die verschiedenen Provinzial-Landtagsdeputationen für Irrenhäuser, Landarmenanstalten, Versicherungsgesellschaften, Hilfsklassen etc. sollen durch eine einzige, dies sämmtlichen Institute nicht bloß beaufsichtigende, sondern verwaltende Deputation ersetzt werden. Diese vom Provinzial-Landtage gewählte Deputation soll zusammengesetzt werden aus einem adeligen „Landeshauptmann“, dem gleichfalls adeligen Landtagsmarschall, einem Vertreter des hohen Adels, noch zwei Rittern, zwei Städtern und zwei Bauern. Die Ritter haben also darin die Mehrheit. Wie übrigens die jetzt gedruckten Protocolle der Provinzial-Landtage aus der Frühjahrsession darthun, herrscht innerhalb dieser Körperchaften selbst für derartige Einrichtungen nur insofern Interesse, als man glaubt, durch Eingehen auf solche Pläne einen die Provinziallasten erleichternden Provinzialfonds von dem Ministerium erlangen zu können. Das Deficit im Staatshaushalt dürfte auch in dieser Richtung hindernd entgegen treten.

— Bei dem Gottesdienste des letztvergangenen Sonntages war in der hiesigen St. Johannis-Kirche das neue „Paulus-Fenster“ enthüllt, welches die Herren Brüder Wilhelm und Otto Lind wiederum zum Geschenke gemacht, dadurch die Fensterreihe hinter dem Altare zum Abschlusse gebracht und der Kirche einen ebenso schönen wie würdigen Schmuck verliehen haben. Während das mittlere große „Christus-Fenster“, von dem Altare zum größten Theile verdeckt, nur in dem Raahwerke des Spitzbogens Malerei und Verzierung anbringen empfahl, so ist solche bei den an den Seitenschiffen der Altarwand befindlichen Fenstern durchweg damit versehen, und während bei dem „Petrus-Fenster“ die Attribute

